Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
5 - 31109 - 2164/52

Bonn, den 2. Oktober 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich mit der Bitte, die Beschlußfassung des Bundestages herbeizuführen, den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Festsetzung einer Betriebsgrenze für ostwärts der deutsch-niederländischen Landesgrenze liegende Steinkohlenfelder vom 18. Januar 1952

nebst Begründung und Vertrag.

Ein Vertragsexemplar in niederländischer Sprache ist außerdem beigefügt.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 91. Sitzung am 12. September 1952 beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30,
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Entwurf eines Gesetzes

über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Festsetzung einer Betriebsgrenze für ostwärts der deutsch-niederländischen Landesgrenze liegende Steinkohlenfelder vom 18. Januar 1952

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem in Bonn am 18. Januar 1952 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Festsetzung einer Betriebsgrenze für ostwärts der deutsch-niederländischen Landesgrenze liegende Steinkohlenfelder wird zugestimmt.

Artikel II

Der Vertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht. Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel VI Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

Das Gesetz bezweckt die Ratifikation des am 18. Januar 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande abgeschlossenen Staatsvertrages. Diesem Staatsvertrag gehen zwei private Verträge voraus, durch die die Eigentümer der an der deutsch-niederländischen Landesgrenze markscheidenden Steinkohlenfelder Verfügungen über ihr Bergwerkseigentum getroffen haben.

Durch den ersten Vertrag hat der deutsche Feldeseigentümer, der Eschweiler Bergwerksverein (EBV) in Kohlscheid bei Aachen, Teile seines Felderbesitzes (vorwiegend aus dem Grubenfelde Melanie) an die niederländische Bergwerksgesellschaft Sté. Anonyme des Charbonnages Neerlandais „Willem-Sophia" in Spekholzerheide verkauft. Dabei handelt es sich um ein auf 5—6 Millionen t geschätztes Anthrazitkohlenvorkommen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat den Eigentumserwerb durch die niederländische Bergwerksgesellschaft vorbehaltlich des Zustandekommens eines Staatsvertrages, der die dadurch bedingten hoheitlichen Verhältnisse zu regeln hat, genehmigt.

Mit dem zweiten Vertrag hat der EBV Teile seiner Steinkohlenfelder Vorwärts und Vorwärts-Erweiterung bis zu einer bestimmten Teufe an die Société Anonyme des Charbonnages Rénuis Laura en Vereeniging in Brüssel als Eigentümerin der den Feldern des EBV benachbarten niederländischen Zeche Julia zunächst auf 15 Jahre verpachtet. Auf Grund des Pachtvertrages sollen etwa 3,5 Millionen t Steinkohle abgebaut werden. Zugleich enthält der Vertrag die finanzielle Regelung für die bereits seit dem 1. Januar 1949 mit alliierter Erlaubnis unter deutschem Hoheitsgebiet abgebauten Kohlenmengen.

Der Abschluß beider Verträge liegt sowohl im niederländischen als auch im deutschen Interesse. Die geologischen Verhältnisse im dortigen Gebiet bringen es mit sich, daß der Abbau in den verkauften und verpachteten Feldesteilen von deutscher Seite teilweise überhaupt nicht, teilweise nur unter unwirtschaftlichen Bedingungen durchgeführt werden könnte. Die einzige Möglichkeit eines wirtschaftlichen Abbaus besteht von niederländischer Seite aus. Andererseits ermöglichen es die mit Abschluß des Staatsvertrages sofort in voller Höhe fälligen Geldzahlungen dem EBV, Investitionen zu Gunsten neuer Betriebsanlagen und Kraftwerke auf deutschem Boden zu machen, die sonst unterbleiben müßten, weil auf dem Kapitalmarkt die dafür benötigten Geldmittel nicht zu erhalten sind. Insofern kommen die niederländischen Zahlungen, die außerhalb der bestehenden Zahlungsabkommen transferiert werden, auch der gesamtdeutschen Wirtschaft zugute.

Beide privaten Verträge sehen vor, daß der Abbau von niederländischer Seite aus unter Tage mit niederländischen Arbeitskräften erfolgt und auf deutscher Seite Schächte oder Anlagen über Tage nicht errichtet werden. Deshalb wird die polizeiliche und bergbehördliche Überwachung der Grubenbaue zweckmäßig von den niederländischen Schachtanlagen aus durch die niederländischen Bergbehörden durchgeführt. Aus diesem Grunde erfordern die Verträge von staatlicher Seite eine Regelung der sich dadurch ergebenden hoheitsrechtlichen Verhältnisse. Diesen Zweck verfolgt der am 18. Januar 1952 zwischen der deutschen Bundesrepublik und dem Königreich der Niederlande abgeschlossene Staatsvertrag, der eine neue Betriebsgrenze unter Tage entlang der oftwärtigen Grenze der abgetretenen Feldesteile festlegt. Zugleich bestimmt er, daß in den Feldern westlich der neuen Betriebsgrenze die niederländischen Gesetze und sonstigen Rechtsnormen gelten sollen, wie er auch die Zuständigkeit der niederländischen Behörden für diese Feldesteile begründet.

Ähnliche Staatsverträge über die Festsetzung einer Betriebsgrenze unter Tage sind zwischen Deutschland und den Niederlanden auch schon in früheren Jahren geschlossen worden, letztmalig am 17. Mai 1939 (RGBl. II S. 1019). An diesen Vertrag lehnt sich der neue Staatsvertrag inhaltlich weitgehend an. Einige wesentliche Abweichungen und Vereinfachungen ergeben sich dadurch, daß damals ein wechselseitiger Feldesaustausch, dafür aber kein Zahlungsausgleich durchgeführt wurde. So konnten beispielsweise die in dem Vertrag von 1939 sehr eingehenden Vorschriften über die Einsichtnahme des Grubenbildes und über das Verfahren zur Geltendmachung von Bergschäden jetzt in der Weise vereinfacht werden, daß für die Einsicht in das Grubenbild jeweils die Vorschriften des Landes, in dem sich das einzusehende Grubenbild befindet, und für Bergschäden an deutschen Grundstücken ausschließlich die deutschen Gesetze Geltung haben. Für Bergschadensklagen wurde die deutsche Gerichtsbarkeit vereinbart und bestimmt, daß Schadensersatzzahlungen nach Deutschland zu transferieren sind. Im übrigen verpflichtet der Vertrag die niederländischen Bergbehörden, im Interesse des Schutzes der deutschen Erdoberfläche den Abbau auf Verlangen der deutschen Bergbehörden nach den üblichen deutschen Richtlinien durchzuführen, so daß eine Benachteiligung der deutschen Grundeigentümer durch den Vertragsabschluß nicht eintritt.

Die Königlich Niederländische Regierung hat dem Niederländischen Parlament einen Gesetzentwurf über die Genehmigung dieses Vertrages am 23. April 1952 unterbreitet.

VERTRAG

zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und

dem Königreich der Niederlande

über die Festsetzung einer Betriebsgrenze für ostwärts der deutsch-niederländischen Landesgrenze liegende Steinkohlenfelder.

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

und

Ihre Majestät die Königin der Niederlande

von dem Wunsche geleitet, den Abbau der Kohle im einzelnen ostwärts der deutsch-niederländischen Landesgrenze liegenden Steinkohlenfeldern von den Niederlanden aus zu ermöglichen, haben, um zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen, zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft

Oberbergrat Dr. v. Schlütter

Ihre Majestät die Königin der Niederlande

S. E. Prof. Dr. J. R. M. van den Brink, Minister für Wirtschaft

die nach Prüfung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehendes vereinbart haben:

Artikel I

Der Vertrag findet Anwendung

a) auf die Feldesteile, die nach der diesem Vertrag beigefügten Karte blau schraffiert mit den Punkten 3 a, 5, 5, 6, 6 a, 12 und 13 a umschlossen sind, und

b) auf die Steinkohlenfelder, die in der Karte grün schraffiert sind und zwischen der deutsch-niederländischen Landesgrenze und der auf anliegender Karte verzeichneten Verbindungslinie der Grenzpunkte 213 und 227 a liegen. Diese Karte bildet einen Bestandteil des Vertrages.

Die unter a) genannten Feldesteile sind nach der Teufe durch die Höhenlage — 280 m NN nach Amsterdamer Niveau begrenzt. Für den innerhalb dieser Feldesteile liegenden Teil des noch bergfreien Zwischenfeldes gilt der Vertrag mit der Maßgabe, daß derselbe erst mit der Verleihung des Zwischenfeldes wirksam wird.

Für den Abbau dieser Steinkohlenfelder bzw. -feldesteile wird unbeschadet der Landesgrenze und der durch den deutsch-niederländischen Vertrag vom 17. Mai 1939 festgelegten Betriebsgrenze für den Betrieb unter Tage eine neue Betriebsgrenze vereinbart. Diese wird durch die auf der beigefügten Karte ostwärts der Landesgrenze bzw. alten Betriebsgrenze von 1939 verlaufende neue Grenzlinie gebildet.

Artikel II

Der durch den deutsch-niederländischen Vertrag vom 17. Mai 1939 vorgesehene Sicherheitspfeiler entfällt insoweit, als er innerhalb der in Artikel I festgesetzten Begrenzung liegt. Statt dessen muß auf jeder Seite der neuen Betriebsgrenze ein Sicherheitspfeiler von 10 m Stärke, rechtwinklig gegen diese Grenze gemessen, unverritzt bleiben.

Die Durchörterung, Schwächung oder der Vertrieb dieses Markscheidersicherheitspfeilers ist nur mit Genehmigung der beiderseitigen Bergbehörden zulässig.

Artikel III

Für die in Artikel I näher bezeichneten Steinkohlenfelder und -feldesteile gilt folgendes:

1. Der Abbau der Kohle wird von der niederländischen Seite aus ausschließlich unter Tage vorgenommen. Schächte und sonstige Anlagen über Tage dürfen auf deutschem Gebiet nicht errichtet werden. Für die polizeiliche Beaufsichtigung des Bergwerksbetriebes unter Tage westlich der Betriebsgrenze gelten die niederländischen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Bestimmungen. Hält die deutsche Bergbehörde besondere Maßnahmen für den Abbau zum Schutze der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs in dem in Artikel I genannten Gebiet für erforderlich, so wird die niederländische Bergbehörde im Ein-

vernehmen mit der deutschen Bergbehörde dies in Anlehnung an die im Aachener Gebiet für ähnliche Fälle üblichen Richtlinien durchführen.

2. Für die Überwachung des Betriebes unter Tage sind die niederländischen Bergbehörden zuständig. Der deutschen Bergbehörde sowie deutschen konzessionierten Markscheidern ist es innerhalb der hiernach zum Zuständigkeitsbereich der niederländischen Bergbehörde gehörigen Steinkohlenfelder und -feldesteile bei begründetem Anlaß erlaubt, das Bergwerk durch den auf niederländischer Seite befindlichen Schacht zu befahren und Kontrollmessungen unter Tage vorzunehmen. Die niederländischen Gruben haben das Recht, durch ihre Beauftragten Messungen über Tage in dem in Artikel I genannten Gebiet durchführen zu lassen.

3. Die Verhältnisse der unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten regeln sich nach niederländischem Recht.

4. Handlungen und Unterlassungen im gesamten räumlichen Bereich des Betriebes unter Tage, auch solche straf- und zivilrechtlicher Natur, gelten als im Königreich der Niederlande geschehen.

5. Die rechtlichen Wirkungen, die sich aus den Beziehungen des Bergwerkseigentums zum deutschen Grundeigentum und zu den auf ihm lastenden dinglichen Rechten ergeben, insbesondere Schadensersatzansprüche wegen Bergschäden, sind hinsichtlich der auf deutschem Boden gelegenen Grundstücke ausschließlich nach den deutschen Gesetzen zu beurteilen und gegebenenfalls vor deutschen Gerichten zu verfolgen. Schadenersatzzahlungen für Bergschäden von einem niederländischen Schuldner an einen deutschen Gläubiger sind in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu transferieren.

6. Die Kohle gilt hinsichtlich der Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie der Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen als im Königreich der Niederlande gefördert.

Artikel IV

Die deutschen und niederländischen Bergbehörden sind verpflichtet, den Abbau an der neuen Betriebsgrenze nur unter der Bedingung zuzulassen, daß die Grubenbaue in einer Breite von 500 m jenseits der neuen Betriebsgrenze auf die eigenen Grubenbilder übertragen werden. Zu diesem Zweck werden die beiderseitigen Bergbehörden die entsprechenden Grubenbilder, die durch konzessionierte bzw. anerkannte Markscheider anzufertigen und laufend nachzutragen sind, halbjährlich austauschen, solange in dem Gebiet Abbau umgeht.

Darüber hinaus wird die niederländische Bergbehörde der deutschen Bergbehörde eine Ausfertigung der in gleicher Form angefertigten und nachgetragenen Grubenbilder über sämtliche Grubenbaue unter deutschem Hoheitsgebiet zur Verfügung stellen.

Über die Einsichtnahme seitens Dritter in diese Grubenbilder entscheiden die Behörden und Gerichte des Landes, dem die Grubenbilder zur Verfügung gestellt worden sind, nach ihren eigenen Bestimmungen.

Artikel V

Der Vertrag soll ratifiziert werden und der Austausch der Ratifikationsurkunden soll möglichst bald in Bonn stattfinden.

Artikel VI

Der Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Der Vertrag gilt für die in Artikel Ia) genannten Feldesteile bis zum 31. Dezember 1965. Er kann jeweils nach Bedarf verlängert werden. Für die in Artikel Ib) genannten Steinkohlenfelder gilt der Vertrag unbefristet.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Bonn am 18. Januar 1952, in doppelter Ausfertigung in deutscher und niederländischer Sprache, die beide gleiche Geltung haben.

gez.: Ludwig Erhard

gez.: Dr. v. Schlütter

gez.: van den Brink

VERDRAG

tussen het Koninkrijk der Nederlanden

en

de Bondsrepubliek Duitsland

houdende vaststelling van een ontginningsgrens voor oostelijk van de Nederlands-Duitse landsgrens gelegen steenkolenvelden.

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden

en

De President van de Bondsrepubliek

Duitsland

Geleid door de wens, de winning van steenkolen in enkele, oostelijk van de Nederlands-Duitse landsgrens gelegen steenkolenvelden van Nederland uit mogelijk te maken: Hebben, ten einde een daartoe strekkend verdrag te sluiten, tot Hunnen Gevolmachtigden benoemd, te weten:

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

Z. E. Prof. dr J. R. M. van den Brink
Minister van Economische Zaken

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Z. E. Professor Dr. Ludwig Erhard, Bondsminister van Economische Zaken

Oberbergrat Dr. v. Schlütter

die, na elkander hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten te hebben overgelegd, zijn overeengekomen als volgt:

Artikel I

Het verdrag is van toepassing

a) op die veldgedeelten, welke volgens de aan dit verdrag gehechte kaart blauw gearceerd en door de punten 3 a, 4, 5, 6, 6 a, 12 en 3 a omsloten zijn, en

b) op die steenkolenvelden, welke op de kaart groen gearceerd zijn en tussen de Nederlands-Duitse landsgrens en de op bijgaande kaart aangegeven verbindingslijn tussen de grenspunten 213 en 227 a liggen. Deze kaart vormt een onderdeel van het verdrag.

De onder a) genoemde veldgedeelten worden naar de diepte begrensd door het niveau -280 m Nieuw -Amsterdams Peil. Voor het binnen deze veldgedeelten liggende deel van het nog concessievrije tussenliggende veld is het verdrag van kracht met dien verstande, dat het eerst met de verlening van een concessie voor het tussenliggende veld in werking treedt.

Voor de ontginning van deze steenkolenvelden, resp. gedeelten daarvan, wordt onafhankelijk van de landsgrens en de bij het Nederlands-Duitse verdrag van 17. Mei 1939 vastgestelde ontginningsgrens voor het ondergronds bedrijf een nieuwe ontginningsgrens overeengekomen. Deze wordt gevormd door de op aangehechte kaart oostelijk van de landsgrens, resp. oude ontginningsgrens van 1939 lopende nieuwe grenslijn.

Artikel II

De grensmuur als bedoeld in het Nederlands-Duitse verdrag van 17-5-1939 komt te vervallen, voor zover deze binnen de in artikel I vastgestelde begrenzing ligt. In de plaats daarvan moet aan iedere zijde van de nieuwe ontginningsgrens een grensmuur van 10 meter dikte, rechthoekig op die grens gemeten, onontgonnen blijven. Doorbreken, versmallen of wegnemen van deze grensmuur is slechts met toestemming van het wederzijdse Toezicht op de mijnen toegelaten.

Artikel III

Voor de in artikel I nader omschreven steenkolenvelden en gedeelten daarvan geldt het navolgende:

1. Het winnen van steenkolen geschiedt van Nederlandse zijde uit uitsluitend ondergronds. Schachten en andere bovengrondse werken mogen op Duits grondgebied niet worden aangelegd. Ten aanzien van het politietoezicht in het ondergrondse mijnbedrijf westelijk van de ontginningsgrens gelden de Nederlandse wetten, verordeningen en andere bepalingen. Oordeelt het Duitse Toezicht op de mijnen bijzondere maatregelen voor de ontginning, ter bescherming van de bodemoppervlakte in het belang van de persoonlijke veiligheid en het openbaar verkeer in het in artikel I genoemde gebied noodzakelijk, dan zal het Nederlandse Toezicht op de mijnen in overeenstemming met het Duitse Toezicht op de

mijnen zulke maatregelen nemen in navolging van de in het gebied van Aken voor soortgelijke gevallen gebruikelijke richtlijnen.

2. Tot het uitoefenen van toezicht op het ondergrondse mijnbedrijf is het Nederlandse Toezicht op de mijnen bevoegd. Aan het Duitse Toezicht op de mijnen, alsmede aan Duitse beedigde mijnmeters is het geoorloofd, indien daarvoor gegronde redenen bestaan, binnen de dienstvolgens tot de bevoegdheid van het Nederlandse Toezicht op de mijnen behorende steenkolenvelden en gedeelten daarvan, door de zich aan Nederlandse zijde bevindende schacht in de mijn af te dalen en ondergronds contrôlemetingen te verrichten.

   De Nederlandse mijnen hebben het recht, door haar gevolmachtigden bovengrondse metingen in het in artikel I genoemde gebied te doen uitvoeren.

3. De rechtstoestand van de ondergrondse mijnarbeiders en beambten wordt beheerst door Nederlands recht.

4. Handelingen en nalatigheden in de ondergrondse werken, ook die van straf- of burgerrechtelijke aard, worden geacht in het Koninkrijk der Nederlanden te hebben plaats gehad.

5. De rechtsgevolgen, voortvloeiende uit de verhouding van de eigendom van de mijn tot de Duitse eigendom van de grond en tot de hierop rustende zakelijke rechten, in het bijzonder de aanspraken wegens mijnschade, zullen met betrekking tot de op Duits grondgebied gelegen percelen grond uitsluitend naar de Duitse wetten worden beoordeeld en eventueel voor Duitse rechtbanken worden berecht.

   Vergoedingen wegens mijnschade van een Nederlandse schuldenaar aan een Duitse crediteur zullen naar het gebied van de Bondsrepubliek Duitsland worden overgemaakt.

6. Met betrekking tot de in- en uitvoerrechten, alsmede de in- en uitvoerverboden of -beperkingen worden de kolen geacht binnen het Koninkrijk der Nederlanden te zijn gewonnen.

Artikel IV

Het Duitse en het Nederlandse Toezicht op de mijnen zijn verplicht, de ontginning langs de nieuwe ontginningsgrens slechts toe te staan onder voorwaarde, dat de ontginningswerken over een breedte van 500 meter gelegen aan gene zijde van de nieuwe ontginningsgrens op hun eigen mijnkaarten worden overgebracht. Te dien einde zullen de wederzijdse Toezichten op de mijnen de desbetreffende mijnkaarten, die door beedigde, resp. erkende mijnmeters vervaardigd en regelmatig bijgehouden zullen worden, elk halfjaar uitwisselen, zolang in het gebied ontginning plaats vindt. Daarenboven zal het Nederlandse Toezicht op de mijnen aan het Duitse Toezicht op de mijnen een exemplaar der op dezelfde wijze vervaardigde en bijgehouden mijnkaarten betreffende alle ontginningswerken onder Duits grondgebied ter beschikking stellen. Omtrent de inzage dezer mijnkaarten door derden beslissen de autoriteiten en de rechtbanken van het land, waaraan de mijnkaarten ter beschikking zijn gesteld, overeenkomstig haar eigen bepalingen.

Artikel V

Dit verdrag zal worden bekrachtigd en de akten van bekrachtiging zullen zo spoedig mogelijk te Bonn worden uitgewisseld.

Artikel VI

Het verdrag zal in werking treden op de dag van de uitwisseling der akten van bekrachtiging.

Dit verdrag geldt voor wat betreft de in artikel I a) genoemde veldgedeelten tot 31 December 1965. Het kan telkens naar behoefte worden verlengd.

Voor wat betreft de in artikel I b) genoemde steenkolenvelden geldt het verdrag voor onbepaalde tijd.

Ter oorkonde waarvan de hiertoe behoorlijk gevolmachtigde vertegenwoordigers dit verdrag hebben ondertekend en van hun zegels hebben voorzien.

Gedaan in tweevoud te Bonn, 18 Januari 1952, in de Nederlandse en in de Duitse taal, welke beide teksten gelijkelijk authentiek zijn.

w. g. van den Brink

w. g. Ludwig Erhard

w. g. Dr. v. Schlütter